



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 1.9.2022
C(2022) 6173 final

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 1.9.2022

über die Finanzierung einer Sondermaßnahme 2022 für Jemen

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 1.9.2022

über die Finanzierung einer Sondermaßnahme 2022 für Jemen

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012¹, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates², insbesondere auf Artikel 23 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Damit die Durchführung der Sondermaßnahme zugunsten von Jemen für das Jahr 2022 gewährleistet werden kann, ist die Annahme eines jährlichen Finanzierungsbeschlusses erforderlich, der das jährliche Arbeitsprogramm darstellt. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 (im Folgenden „Haushaltsordnung“) sind ausführliche Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 AEUV erlassenen restriktiven Maßnahmen³ festgelegt sind.
- (3) Ziel der im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/947 Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit - Europa in der Welt zu finanzierenden Sondermaßnahme des geografischen Programms „Asien und Pazifik“ ist es, durch einen mehrgleisigen Ansatz zur Friedenskonsolidierung einen Beitrag zu inklusivem Frieden und zur Sicherheit in Jemen zu leisten.

Die soziopolitische Lage in Jemen ist nach wie vor von extremer Fragilität und Unsicherheit geprägt: Der andauernde Konflikt und die Präsenz von Terrororganisationen stellen weiterhin eine politische und sicherheitspolitische Bedrohung für das Land dar, und verschiedene Landesteile sind mit einer hohen Zahl von Binnenvertriebenen konfrontiert. In diesem Kontext war die Ausarbeitung eines

¹ ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

² ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1.

³ www.sanctionsmap.eu Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

neuen Mehrjahresprogrammierungsdokuments nicht möglich. Um dem Bedarf des Landes Rechnung tragen zu können, hat sich die Kommission daher für die Umsetzung von Sondermaßnahmen entschieden.

- (4) Mit der Sondermaßnahme werden verschiedene Bereiche der Friedenskonsolidierung unterstützt, um die offiziellen Verhandlungen zwischen hochrangigen politischen Vertretern unter der Leitung des Sondergesandten des Generalsekretärs für Jemen zu ergänzen und zu unterstützen. Die rechtzeitige Annahme der in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahme wird die praktische Umsetzung des integrierten Ansatzes der EU für die Friedensbemühungen in Jemen gewährleisten.
- (5) Die Maßnahme „Unterstützung von Frieden und Sicherheit in Jemen“ richtet sich an von Krisen betroffene Gemeinschaften in Jemen und zielt durch die Unterstützung von Institutionen und den Ausbau von Kapazitäten, die zu nachhaltigem Frieden beitragen, auf eine spürbare Verbesserung ihres täglichen Lebens ab. Die Kommission sollte – vorbehaltlich des Abschlusses einer entsprechenden Vereinbarung – Beiträge anderer Geber nach Artikel 21 Absatz 2 der Haushaltsordnung anerkennen und annehmen. Bei nicht auf Euro lautenden Beiträgen sollte eine angemessene Schätzung des Umrechnungsbetrags vorgenommen werden.
- (6) Die Finanzhilfen sollten ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden können und es sollten Bedingungen für die Gewährung dieser Finanzhilfen festgelegt werden.
- (7) Die Kommission sollte vor der Annahme dieses Beschlusses die Durchführung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen mit einer Suspensivklausel genehmigen.
- (8) Nach Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/947 sind die Maßnahmen im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchzuführen.
- (9) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, hat die Kommission sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 154 Absatz 3 der Haushaltsordnung vorgesehenen Maße geschützt werden.

Zu diesem Zweck sind die Systeme und Verfahren dieser Stellen und Personen nach Artikel 154 Absatz 4 der Haushaltsordnung zu bewerten und erforderlichenfalls nach Artikel 154 Absatz 5 der Haushaltsordnung⁴ geeigneten Aufsichtsmaßnahmen zu unterziehen, bevor eine Beitragsvereinbarung unterzeichnet werden kann.
- (10) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Haushaltsordnung vorzusehen.
- (11) Im Interesse einer flexiblen Durchführung der Maßnahme sollten Änderungen zugelassen werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung nicht als substantiell anzusehen sind.
- (12) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme entspricht der Stellungnahme des gemäß Artikel 45 der Verordnung (EU) 2021/947 eingesetzten Ausschusses für das NDICI/Europa in der Welt —

⁴ Außer in den in Artikel 154 Absatz 6 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 genannten Fällen, in denen die Kommission beschließen kann, keine Ex-ante-Bewertung zu verlangen.

BESCHLIEßT:

Artikel 1
Die Maßnahme

Der jährliche Finanzierungsbeschluss, der die Jahresmaßnahme zur Durchführung der Sondermaßnahme zugunsten Jemens für das Jahr 2022 – darstellt, wird wie im Anhang dargelegt angenommen.

Die Sondermaßnahme besteht aus folgendem im Anhang beschriebenen Programm:

- Unterstützung von Frieden und Sicherheit in Jemen.

Artikel 2
Beitrag der Union

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung der Maßnahme für 2022 beläuft sich auf 14 Millionen EUR und wird aus Mitteln finanziert, die unter der Haushaltslinie BGUE-B2022-14.020130-C1-INTPA eingestellt wurden: 14 Millionen EUR aus dem Gesamthaushaltsplan der Union.

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Artikel 3
Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Stellen oder Personen

Die Maßnahmen, die nach Maßgabe des Anhangs in indirekter Mittelverwaltung umgesetzt werden, können Stellen oder Personen anvertraut werden, die im Anhang unter 4.3.3 genannt sind oder nach den dort festgelegten Kriterien ausgewählt wurden.

Artikel 4
Flexibilitätsklausel

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 Millionen EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, oder Änderungen der Mittelzuweisungen für einzelne Maßnahmen, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen⁵, sowie Verlängerungen des Umsetzungszeitraums gelten nicht als substantiell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

⁵ Solche Änderungen können sich daraus ergeben, dass nach der Annahme des Finanzierungsbeschlusses zweckgebundene Einnahmen verfügbar werden.

Artikel 5
Finanzhilfen

Finanzhilfen können gemäß den im Anhang dargelegten Bedingungen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden. Finanzhilfen können den gemäß Nummer 4.3.1 des Anhangs ausgewählten Einrichtungen gewährt werden.

Brüssel, den 1.9.2022

Für die Kommission
Jutta URPILAINEN
Mitglied der Kommission